

## Mitteilung für die Presse

# Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen

Bericht von **Wolfgang Jüttner**, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Niedersachsen und Vorsitzender der Kommission „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“ des SPD-Parteivorstandes über die bisherigen Beratungen der Kommission:

## 1. Unser Anspruch: Gleiche Lebenschancen für jedes Kind

In unserem Grundsatzprogramm haben wir als Ziel formuliert: „Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie. Deshalb wollen wir bessere Bildung für alle durchsetzen und Familien stärken. Unser Ziel ist eine kinderfreundliche Gesellschaft.“

Kinder sind das Fundament jeder Gesellschaft. Gleiche Lebenschancen für jedes Kind sind das Grundversprechen einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Gemessen an der Wirklichkeit wird dieses Versprechen aber in vielen Staaten noch nicht ausreichend erfüllt. Zu diesen Staaten gehört leider auch Deutschland: Die Chancen der Kinder hängen bei uns in viel zu großem Maße von ihrer sozialen Herkunft ab. Und die Herkunft wird geprägt durch die materiellen und gesellschaftlichen Umstände, in denen Familien mit Kindern leben. Arme Kinder leben in armen Familien, weshalb die Lebens- und Chancenlagen der Kinder nicht isoliert von der Lage ihrer Familien betrachtet und verbessert werden können. Fehlende Lebenschancen für Kinder und Kinderarmut sind keine Fragen des Mitleids. Sie sind Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Und unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, die Talente und Potenziale, die in unseren Kleinen stecken, zu verschwenden.

Von den 17 Millionen Kindern in Deutschland unter 18 Jahren, lebt jedes siebte Kind in Armut. Das ist eine Situation, mit der sich die SPD nicht abfinden will. Der SPD-Parteivorstand macht daher die Bekämpfung der Kinderarmut zu einer zentralen Aufgabe für die nächsten Jahre. Er hat am 5. November 2007 eine Kommission mit dem Ziel eingesetzt, ein sozialdemokratisches Konzept zur Verbesserung der Lebenschancen aller Kinder und zur Bekämpfung der Kinderarmut zu entwickeln. Die Kommission wird von Wolfgang Jüttner geleitet und legt mit diesem Bericht ihr erstes Zwischenergebnis vor.

.../2

## 2. Das Problem Kinderarmut

### a.) Die unterschiedlichen Gesichter von Kinderarmut

Kinderarmut hat **viele Dimensionen**. **Materielle Armut** ist nur eine davon, aber ausreichende finanzielle Mittel sind die Voraussetzung dafür, dass Menschen am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Um diese **Teilhabechancen** effektiv nutzen zu können, müssen weitere **soziale Faktoren** (Bildungs- und Beschäftigungssystem, soziale und kulturelle Infrastruktur) und **individuelle Faktoren** (Befähigungen, Interessenlagen) hinzukommen. Gesellschaftliche Zugehörigkeit (Inklusion) ist erst mit der vollen Verwirklichung von Teilhabechancen erreicht. **Armut ist deshalb generell ein Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen**. Teilhabe- und Verwirklichungschancen haben in den verschiedenen Lebenslagen der Kinder ihre spezifischen Ausprägungen und verlangen ebenso nach spezifischen Antworten. Dieses Konzept der Teilhabe ist auch Grundlage der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung. An ihm orientieren sich die Kommission und die folgenden Ausführungen.

Wenn die Lebenschancen von Kindern beeinträchtigt sind, spielt die **Einkommensarmut** der Familien eine zentrale Rolle. Zu ihrer Messung wird die zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Definition einer „**Armutsrisikoquote**“ verwendet. Sie bezeichnet den Anteil der Personen in Haushalten, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwerts (Median) aller Haushalte beträgt. Danach waren 2003 – so der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – 13,5 % aller Menschen in Deutschland vom Armutsrisiko betroffen.

**Wesentliche Ursachen** liegen in der noch zu hohen **Arbeitslosigkeit** und das Anwachsen des **Niedriglohnbereichs**: Denn ohne ein auskömmliches Arbeitseinkommen wird das Überschreiten der Armutsrisikoschwelle schwierig. Immer mehr Eltern können von Ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben. Mehr als 2,5 Mio. Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Löhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns betragen. Rund 1,3 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ergänzend zu ihrem Lohn Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Damit wächst die Zahl der so genannten „Aufstocker“, die ihren niedrigen Lohn mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen. Allein von August 2005 bis August 2006 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Arbeitslosengeld II – Bezug um knapp 46% an (bei Vollzeitbeschäftigung sogar um knapp 48%). Armutslöhne treffen hauptsächlich Frauen, ihr Anteil liegt bei zwei Dritteln derer, die Armutslöhne beziehen. Vor allem allein erziehende Mütter sind von dieser Entwicklung betroffen.

Auch wer **mehrere Kinder** hat, ist vom Armutsrisiko besonders betroffen. Kinder und Arbeit lassen sich oftmals noch immer schwer unter einen Hut bringen. Auch deshalb hat die SPD in der Bundesregierung mit einem Investitionsprogramm von 4 Mrd. Euro für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen gesorgt, den Rechtsanspruch für die Betreuung von Kindern ab einem Jahr durchgesetzt und erreicht, dass sich der Bund dauerhaft an den Kosten des Ausbaus der Betreuungsangebote für Kinder von eins bis drei Jahren beteiligt.

Kinderarmut hat **weitergehende Auswirkungen**, die bei der Debatte häufig vernachlässigt werden: Viele Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind häufig einem **erhöhten Gesundheitsrisiko** ausgesetzt. Sie vernachlässigen eher die Zahnpflege, sind weniger sportlich aktiv und sitzen mehr vor dem Fernseher. Ihre Ernährung ist häufig mangelhaft – mit den sichtbaren Folgen für das Körpergewicht. Obst und Gemüse fehlen, und sie kommen häufig ohne Frühstück in die Kindertagesstätte oder zur Schule.

Im reichen Deutschland gibt es millionenfach **Bildungsarmut**. Noch immer leben unter uns vier Millionen funktionale Analphabeten, die nicht gut genug lesen und schreiben können, um im Alltag und Beruf zurechtzukommen. Noch immer verlassen acht Prozent der Jugendlichen die Schule ohne einen Abschluss – und ist damit gesellschaftlich abgehängt. Von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat jeder Dritte keine Ausbildung. Mehr als eine halbe Million Jugendliche „verschwinden“ im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf – die meisten von ihnen ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung – mit all den Folgen für ihre Beschäftigungs- und Einkommenssituation im späteren Leben.

Bildungsarmut hat gravierende Auswirkungen auf die Lebensperspektiven der Menschen. Bei Menschen ohne beruflichen Abschluss lag die Arbeitslosenquote bei 23 Prozent. Bei Menschen mit Hochschulabschluss betrug diese Quote „nur“ vier Prozent. Die Arbeitslosenquote von Geringqualifizierten ist mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Fakt ist: Bildungsarmut geht mit materieller Armut einher. Wer eine schlechte Bildung hat, bleibt häufiger arm.

Darüber hinaus wird Bildungsarmut wie in kaum einem anderen europäischen Land von einer in die nächste Generation weiter getragen. Die Ergebnisse der aktuellen PISA- und IGLU-Studien belegen erneut, dass nach wie vor in Deutschland die Bildungschancen stark vom sozialen Status der Eltern abhängen. Selbst bei gleicher Leistung unterscheidet sich der Bildungserfolg nach Einkommen, Bildung und ethnische Herkunft der Eltern.

Es verwundert daher nicht, dass auch die **Freude am Lesen** mit dem Elterneinkommen variiert. Nur 38 % der Kinder mit einem Familiennettoeinkommen unter 1500 Euro lesen gerne, dagegen 66 % bei einem Familiennettoeinkommen über 2000 Euro. Und wie die dritte internationale Vergleichsstudie (PISA 2006) gezeigt hat, hat seit 2000 zwar der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lesekompetenz leicht abgenommen, ist aber nach wie vor hoch. Dem deutschen Schulsystem gelingt es nur unzureichend und deutlich schlechter als in anderen Ländern, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Vor allem Migrantenkinder – wobei die Gruppe der Migranten ohnehin von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen ist – haben in Deutschland so schlechte Bildungschancen wie in keinem anderen OECD-Land.

Die Auswirkungen von Armut auf die **sozialen Kontakte** der Kinder sind ebenfalls nicht zu unterschätzen. Wer sich einen Kinobesuch mit Freunden nicht leisten kann, den Urlaub immer zuhause verbringen muss und im modischen Schaulauf nicht mithält, wird leicht ausgegrenzt und auf sein eigenes enges Umfeld zurückgeworfen.

Von den geschilderten Armutsrisiken sind einige Gruppen in der Bevölkerung besonders betroffen. Dazu zählen Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten, kinderreiche Familien (mindestens drei Kinder), bildungsferne Familien und Familien sowie Familien, die in schwieriger sozialräumlicher Umgebung leben. Kindern, die unter diesen Umständen aufwachsen, gehört unsere besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Zur Lebenswirklichkeit von Kindern in Deutschland gehört auch, dass einzelne Fälle von **Vernachlässigung, Missbrauch und Gewalt** vorkommen. Auch wenn diese Phänomene in den letzten Jahren nicht neu sind, muss gelten: Jedes betroffene Kind ist eines zuviel. Und es ist gut, dass sie endlich die Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdienen. Zum Schutz von Kindern haben Bundesregierung und Ministerpräsidenten wichtige Vereinbarungen getroffen. Die Vereinbarung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder greift sechs der sieben Punkte auf, die Kurt Beck vorgeschlagen hatte. Die SPD ist einmal mehr Motor des sozialen Fortschritts. Der

Vorschlag, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, wird allerdings von der Mehrheit der Union leider noch blockiert.

Vor Gewalt und Missbrauch müssen nicht nur Kinder geschützt werden, die in Armut leben. Wohl aber können geringe Teilhabe- und Verwirklichungschancen situationsbedingt auch die Erziehungsleistung der Eltern beeinträchtigen. Kinder aus Familien in sozial benachteiligten Verhältnissen weisen häufiger Defizite in ihrem persönlichen, sozialen und familiären Verhalten aus. Das kann an materiellen Entbehrungen, bei den Eltern erlebten Ohnmachtserfahrungen (z.B. Arbeitslosigkeit), einem schlechteren Zugang zu Bildung und vermutlich höherer Belastung durch innerfamiliäre Konflikte liegen. Aber wir wissen auch: Die meisten Eltern mit geringem Einkommen kümmern sich liebevoll um ihre Kinder. Es geht also um die Veränderung der Einstellung der Eltern, die sich nicht kümmern. Wo Vernachlässigung im Mangel an materiellen Existenzgrundlagen ihren Grund hat, kann sie erfolgreich zugleich mit der Kinderarmut bekämpft werden.

Die **Armut prägt den weiteren Lebensweg von Kindern** einschneidender als den Lebensweg von Erwachsenen. Je später hier eingegriffen wird, desto schwerer wird es sein, armen Kindern vergleichbare Teilhabe- und Verwirklichungschancen wie ihren übrigen Altersgenossen zu bieten. Die Zahlen von Unicef für 2006 belegen: Zu viele Kinder leben in Armut. Wenn 2008 die Bundesregierung ihren 3. Armuts- und Reichtumsbericht vorlegt, wird die Diskussion auf dieser Datengrundlage weiter geführt werden. Bereits jetzt ist klar: Kinderarmut ist in Deutschland kein Randphänomen, sondern eine große Herausforderung für Gesellschaft und Staat. Dieser Herausforderung stellen wir uns.

#### **b.) Wo wir ansetzen können**

Zu lange ist Kinderarmut verdeckte Armut gewesen. Es ist das Verdienst der Bundesregierung unter Gerhard Schröder, dass **Armut sichtbar gemacht** wurde – z.B. durch die von uns eingeführte Armuts- und Reichtums-Berichterstattung. Das ist Voraussetzung dafür, noch besser und zielgenauer handeln zu können. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bekämpfung von Kinderarmut schon immer ein wichtiges Handlungsfeld gewesen. Deshalb haben wir allein auf Bundesebene in unserer Regierungsverantwortung seit 1998 schon viel **zur Bekämpfung von Kinderarmut** getan:

- Wir haben das Kindergeld drei Mal erhöht, insgesamt um 42 Euro auf jetzt 154 Euro monatlich für das erste und zweite Kind.
- Wir haben dafür gesorgt, dass Familien mit zwei Kindern – unter Berücksichtigung des Kindergeldes – erst ab einem Bruttoeinkommen von 37.650 Euro Steuern zahlen müssen.
- Wir haben zum 1.1.2004 einen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende eingeführt.
- Wir haben dafür gesorgt, dass erwerbsbedingte Betreuungskosten bereits ab dem ersten Euro steuerlich geltend gemacht werden können.
- Wir haben zum 1.1.2005 den Kinderzuschlag eingeführt, um zu verhindern, dass Familien mit niedrigem Einkommen wegen ihrer Kinder abhängig von ALG II-Bezug werden.
- Wir haben mit unseren Arbeitsmarktreformen bessere Instrumente zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut geschaffen.

- Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und dem Ganztagschulprogramm haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode begonnen, deutlich in die Bildung für Kinder und Infrastruktur für Familien zu investieren.
- Es war die SPD, die mit ihren Vorschlägen Bewegung in die Diskussion um den Ausbau der Kinderbetreuung für die Kleinen von eins bis drei Jahren gebracht hat – und so zum Erfolg maßgeblich beigetragen hat.
- Wir haben das BAföG deutlich erhöht und werden es im Jahr 2008 erneut anheben.

Der Blick auf die Zahlen zeigt zudem: Unser **Sozialstaat** trägt wesentlich dazu bei, Armut vermindern zu helfen. Seine Umverteilungswirkung ist enorm: Nach den Angaben von Eurostat betrug für Deutschland 2005 die Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers 24 %, nach der Einberechnung sozialer Transfers jedoch nur 13 %. Dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht zufolge reduzierte speziell der Familienleistungsausgleich die relative Einkommensarmut von Familien deutlich. Bei Alleinerziehenden wurde (2003) eine Reduktion um 15 Prozentpunkte erreicht, das Armutsrisiko von Kindern wurde um 9 Prozentpunkte gesenkt. Diese Wirkung muss erhalten bleiben. Die SPD wird den Sozialstaat daher weiter verteidigen und ihn zum Vorsorgenden Sozialstaat weiter entwickeln: Nicht der Abbau der Sozialleistungen, sondern gerade ihr kluger Einsatz trägt zu einer gerechteren und insgesamt wohlhabenderen Gesellschaft bei.

Leider müssen wir feststellen, dass unsere Bemühungen noch nicht genug Wirkung entfaltet haben. Deshalb gilt es jetzt, entschlossen weiter zu handeln. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokratien wissen: Die Bekämpfung der Kinderarmut kann man nicht den Marktkräften überlassen. Wir wollen **folgende Handlungsfelder zu einer Gesamtstrategie zusammenfügen** und damit Kinderarmut weiter bekämpfen:

- Für uns hat Vorrang, die Berufstätigkeit der Eltern fördern. Wir können in Verbindung mit unserem Einsatz z.B. für existenzsichernde Mindestlöhne und faire Arbeitsbedingungen die Einkommensarmut reduzieren. Wo wir dies nicht schaffen, können auch Transferleistungen helfen, die materielle Grundversorgung sicherzustellen.
- Die Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit ist ein Schlüssel im Kampf gegen Kinderarmut. Denn Kinderarmut ist oft gleichbedeutend mit Mütterarmut. Der Abbau von Beschäftigungshemmnissen für Frauen genauso wie die Förderung der Frauenerwerbstätigkeiten bleiben deshalb ganz oben auf unserer Tagesordnung.
- Durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf können wir die Berufstätigkeit aller Mütter und Väter fördern. Besondere Bedeutung hat dies für die Überwindung des hohen Armutsrisikos von Alleinerziehenden.
- Wir können Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Bildungschancen von Anfang an ermöglichen.
- Wir können die soziale Lebenslage der Kinder verbessern helfen, indem wir z.B. durch aktive Stadtteilpolitik in den Kommunen dafür sorgen, dass soziale Brennpunkte entschärft- und Familien mit niedrigschwelligen Angeboten unterstützt werden.
- Wir können die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken.
- Wir können durch gesundheitliche Prävention, Früherkennung und die Bereitstellung gesunder Ernährung die Entwicklung der Kinder fördern.

Auf Basis dieser Überlegungen schlagen wir das nachfolgende Maßnahmenbündel vor.

### 3. Maßnahmen für gleiche Lebenschancen aller Kinder und gegen Kinderarmut

Wir haben gesehen: Kinderarmut ist von der Armut der Eltern nicht zu trennen. Deshalb brauchen wir eine Kombination von familienbezogenen und von kinderbezogenen Handlungsansätzen.

#### a.) Familienbezogene Maßnahmen: Eltern stärken

##### 1. Beschäftigungspolitik

Einkommensarmut verhindert, dass Teilhabe- und Verwirklichungschancen wahrgenommen werden können. Arbeitslosigkeit ist die wesentliche Ursache für Einkommensarmut von Familien. Ihre Bekämpfung bleibt daher weiterhin ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Die Erwerbstätigkeit der Eltern ist die beste Strategie, um Kinderarmut zu vermeiden. Durch Erwerbstätigkeit können Eltern aus eigener Kraft für die Bedürfnisse ihrer Kinder aufkommen.

Unsere Reformpolitik hat die Grundlage für den konjunkturellen Aufschwung gelegt und wesentlich zum Beschäftigungsaufbau beigetragen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt wieder und die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit 14 Jahren gesunken. Doch noch immer sind 3,4 Mio. Menschen arbeitslos. Die SPD will die strukturelle Arbeitslosigkeit reduzieren. Das ist mit einer Politik, die nur auf eine bessere Konjunktur setzt, nicht erreichbar. Unsere Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik verschafft Eltern Arbeit und vermindert das Armutsrisiko der Arbeitslosigkeit. Davon profitieren auch die Kinder. Schließlich leben knapp 1,8 Mio. Kinder in Haushalten, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen. Wir wollen, dass der Staat eine aktive Rolle in der Beschäftigungspolitik spielt:

- Wir wollen den Weg fortsetzen, **mehr Beschäftigung aufzubauen**. Dazu hat unsere Reformpolitik mit der Stärkung der öffentlichen und der öffentlich geförderten Investitionen sowie der Senkung des Gesamtsozialversicherungsbeitragssatzes unter 40 % beigetragen. Besonders die Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit ist ein Schlüssel im Kampf gegen Kinderarmut. Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung.
- Mit „Guter Arbeit“ und dem **Durchsetzen von Mindestlöhnen** machen wir die Beschäftigung armutsfest. Das Kalkül mancher Unternehmen mit aufstockenden staatlichen Transferleistungen wird so durchkreuzt. Wir wollen Löhne, von denen Familien leben können.
- **Problemgruppen** am Arbeitsmarkt dürfen **nicht ausgegrenzt** werden. Mit den Programmen JobPerspektive und Kommunal-Kombi geben wir Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen neue Chancen. Unsere Arbeitsmarktprogramme helfen auch Geringqualifizierten und Jugendlichen mit Einstiegsproblemen. Wir wollen Arbeit für alle.
- Die Chance auf Arbeit kann von Eltern nur da wahrgenommen werden, wo sie mit ihren **Familienaufgaben vereinbar** ist. Dies gilt in ganz besonderem Maße für allein erziehende Eltern, die aus diesem Grund einem deutlich höheren Armutsrisiko unterliegen. Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle sind unverzichtbar. Dazu gehört auch, die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen. Wir haben zudem den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur durchgesetzt und ab 2013 den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins. Eine Belohnung des Zuhausebleibens in Form des Betreuungsgeldes lehnen wir ab – vor allem auch aus bildungs- und integrationspolitischen Gründen. Wir wollen keine finanziellen Anreize dafür setzen, Kinder von der frühen Förderung abzuhalten. Gerade in

vielen Städten würde das den Bemühungen, Kinder frühzeitig zu integrieren und sprachlich zu fördern, regelrecht entgegen laufen. Sie ist auch kontraproduktiv für eine partnerschaftliche Rollenteilung in der Familie.

## 2. Transferleistungen

Mehr Beschäftigung ist das Eine. Notwendige Solidarität gehört unverzichtbar dazu. Wir wollen, dass der Staat soziale Gerechtigkeit nicht nur einfordert, sondern auch durchsetzt:

- **Familienbezogene Leistungen des Staates** hatten 2006 einen Umfang von rd. 184 Mrd. Euro. Wir wollen diese Leistungen effektiver machen und da hinlenken, wo sie gebraucht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es in Deutschland vor allem an einer **familienunterstützenden Infrastruktur** – wie aufsuchende Hilfen, Kitas, Eltern-Kind-Zentren, Ganztagschulen – mangelt. Bei der Weiterentwicklung der Leistungen wie Kindergeld und kindbezogene Steuerfreibeträge gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch weiterhin der Grundsatz: Die Kinder von Spitzenverdienern dürfen dem Staat nicht mehr wert sein als die Kinder von Beziehern von niedrigen Einkommen. Die Einführung eines Familiensplittings lehnen wir deshalb ab, da es vor allem gut verdienenden Familien zugute kommen würde. Dies gilt aber auch für Vorschläge einer deutlichen Erhöhung des Kinderfreibetrags oder eines Kindergrundfreibetrags. Unser Ziel ist ein Modell der Familienförderung, in dem alle Kinder dem Staat gleich viel wert sind.
- **Finanzielle Förderung bleibt unverzichtbar**. Das Existenzminimum von Kindern muss gesichert sein. Bisher geschieht dies durch eine Vielzahl von Regelungen: Kindergeld und steuerliche Freibeträge auf der einen Seite, Regelsätze für Kinder im Arbeitslosengeld II (ALG II) und der Sozialhilfe auf der anderen Seite und dazwischen der Kinderzuschlag, der mithelfen soll, den Bezug von Alg II zu vermeiden.
- **Höhe der Regelleistungen insbesondere für Kinder werden überprüft**. Die Bundesratsinitiative der Länder Bremen und Berlin, wonach der Regelsatz für Kinder nicht mehr prozentual vom Regelsatz der Eltern, sondern an der Erfassung des speziellen Bedarfs der Kinder orientiert werden soll, kann einen Weg in die richtige Richtung weisen und sollte auf seine Realisierbarkeit geprüft werden..
- **Anpassungsmechanismus für die Höhe der Leistung** muss ebenso einer Prüfung unterzogen werden. Heute wird der Regelsatz anhand der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes angepasst. Dazwischen wird er entsprechend der Rentenanpassung korrigiert. Die Preisentwicklung der letzten Monate hat Befürchtungen genährt, dass diese Anpassungsregelung zu langsam reagiert.
- **Kinderzuschlag weiterentwickeln**: Leistungen an Familien sollen insgesamt stärker zur Überwindung von Armut beitragen helfen. Dazu wollen wir die Einführung eines **Erwerbstätigen- und Kinderzuschlags (EKiZ)** prüfen. Der von uns 2005 eingeführte Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro, der verhindert, dass Eltern wegen ihrer Kinder bei niedrigem Einkommen Arbeitslosengeld II beziehen müssen, hat 2006 bereits 124.000 Kinder erreicht. Wir wollen, dass ein System des Kinderzuschlags gefunden wird, der eine größere Gruppe von Kindern erreicht.

## 3. Elternkompetenz ausbauen

Wer Familie verantwortlich leben und gestalten will, braucht vielfältige Fähigkeiten und Kenntnisse. Die Erfahrungen zeigen, dass besonders junge Familien auf Rat und Unterstützung angewiesen sind. Gerade zu Beginn der Elternschaft werden wichtige Grundsteine für die Entwicklung des Kindes und des weiteren Familienlebens gelegt. Eltern sollen deshalb wissen, dass sie von Anfang an Begleitung, Beratung und im

Einzelfall passgenaue, konkrete Hilfen. Der Ausbau dieser frühen Hilfen, wie er zum Beispiel in Brandenburg, Bremen oder Rheinland-Pfalz stattfindet, ist wegweisend.

- Familien in prekären Lagen können Kindern nicht immer die Unterstützung geben, die diese brauchen. Beginnend in sozialen Brennpunkten sollen daher Angebote der Kindertageseinrichtungen mit denen der Familienbildung, -unterstützung und -förderung zusammengefasst werden. Durch solche Kooperationen wollen wir Kindertagesstätten zu **Eltern-Kind-Zentren** weiterentwickeln. Dort erhält dann nicht nur das Kind Unterstützung, sondern wird auch die Erziehungs- und Problemlösungskompetenz der Eltern gefördert. Das Netzwerk Familienbildung und das Konzept „Häuser für Familien“ in Rheinland-Pfalz sind ermutigende Beispiele.
- Soziale Herkunft prägt auch Eltern. Elternkompetenz wird je nach Herkunft nicht nur unterschiedlich erworben, an sie werden je nach Lebenslage auch unterschiedliche Anforderungen gestellt. Förderungen müssen sich auf den Sozialraum beziehen. Z.B. wird im erfolgreichen **Programm „Soziale Stadt“** Städtebauförderung mit anderen Förderprogrammen gebündelt, die z.B. auch auf Migrationsprobleme, die Sorge der Menschen um ihren Arbeitsplatz und um die Bildung der Kinder eingehen. Wir wollen lebenslagenbezogene Unterstützung durch Stadtteilmanagement und bedarfsorientierte Förderangebote.

## **b.) Kinderbezogene Ansätze: Kinder fördern**

### **1. Kindergrundrechte**

Wir wollen die Stellung der Kinder in unserer Gesellschaft stärken. Elternrecht ist ein hohes Gut. Es findet aber dort seine Grenzen, wo das Kinderrecht verletzt wird. Kindergrundrechte aber nur unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr oder des Kinderschutzes zu diskutieren wäre zu einseitig. Dem Recht des Kindes auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit entspricht nicht nur die Pflicht der Eltern, dies zu gewährleisten. Sondern da, wo diese Elternpflicht nicht erfüllt werden kann, hat die staatliche Gemeinschaft diese Kinderrechte zu fördern und Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen zu tragen. Zwar ist die Bedeutung des Kindeswohls seit langem auch in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung anerkannt, das Kindeswohl selbst wird im Grundgesetz jedoch nicht ausdrücklich erwähnt.

Wir schlagen daher vor, die Kinderrechte durch Ergänzung des Artikels 6 in das Grundgesetz aufzunehmen. Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“

Deshalb wird die Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz keineswegs nur ein symbolischer Akt sein.

### **2. Bildungschancen verbessern**

Gute Bildung ist das wichtigste Kapital, das Kindern für ein selbstbestimmtes Leben gegeben werden kann. Dass sich Bildungsarmut von einer Generation in die nächste weiter trägt, können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht akzeptieren. Diese eklatante Fehlentwicklung zu bekämpfen ist unser vordringliches Ziel. Jedes Kind soll eine Chance auf gute Bildung haben und jedes Kind soll in und nach seiner Leistungsfähigkeit gefördert werden. Wir brauchen mehr Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem. Die SPD hat dazu Konzepte entwickelt:

- **Gute Bildung beginnt mit früher, individueller Förderung.** Kindertagesstätten (Kitas) sind auch Bildungsinstitutionen. Es muss stärker als bisher in die frühe Förderung von Kleinkindern investiert werden. Die vorschulische Lebensphase eignet sich wie keine andere, die Entwicklungspotenziale der Kinder zu entfalten und soziale Hemmnisse frühzeitig auszugleichen. Durch intensive Sprachförderung sowie soziale und inhaltliche Lernerfahrungen werden hier wichtige Grundlagen für die spätere Bildungs- und Leistungsfähigkeit gelegt. Damit Erzieherinnen und Erzieher den gestiegenen Anforderungen an ihre Tätigkeit gerecht werden können, wollen wir ihre Aus- und Weiterbildung verbessern. Akademische Weiterbildungsmöglichkeiten an Universitäten und Fachhochschulen können auf vorhandenen Qualifikationen und Erfahrungen aufbauen. Vor allem für Erzieherinnen und Erzieher, die eine Leitungsfunktion übernehmen wollen, sollte ein Bachelor-Studiengang – auch als berufsbegleitende Weiterbildung – zur Regel werden.
- Um allen Kindern den Zugang zu ermöglichen, sind der **Rechtsanspruch und die Beitragsfreiheit** die Voraussetzung. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung darf nicht vom sozialen Status der Eltern abhängen. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und die schrittweise Beitragsfreiheit in Kitas ab dem ersten Geburtstag sind wirksame Instrumente, um allen Kindern den Besuch einer Kita und die damit verbundene Verbesserung ihrer Zukunfts- und Entwicklungschancen zu ermöglichen. Die Praxis, dass Kindern aus Haushalten, in denen Eltern arbeitslos sind, der Zugang zu Bildung in der Kita verwehrt wird, muss beendet werden.
- Neben dem quantitativen Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen steht die **Qualität der Bildungsinstitutionen** für uns im Mittelpunkt. Kindertageseinrichtungen müssen gerade den Kindern, die im Elternhaus nicht ausreichend gefördert werden, Bildungsmöglichkeiten eröffnen. Dazu bedarf es der Verständigung auf gemeinsame Bildungsstandards etwa auch im Bereich des Spracherwerbs. Wir wollen eine hochwertige und bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung aller Kinder gewährleisten.
- **Gegen Betreuungsgeld:** Wir wollen, dass alle Kinder vor der Einschulung eine Kindertagesstätte besuchen können. Deshalb wenden wir uns strikt gegen das von den Unionsparteien vorgeschlagene Betreuungsgeld. Es schafft falsche finanzielle Anreize insbesondere für einkommensschwache Familien, ihre Kinder nicht an frühkindlicher Bildung in einer Kindertagesstätte teilhaben zu lassen. Das ist bildungspolitisch der völlig falsche Weg. Denn gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund ist der Besuch einer Kita eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungsbiografie.
- **Längeres gemeinsames Lernen:** In keinem anderen Land erfolgt die Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulwege so früh wie in Deutschland. Ist ein Bildungsweg einmal eingeschlagen, ist er schwer zu verändern. Im gegliederten Schulsystem findet Durchlässigkeit vorwiegend nach unten statt. Insbesondere Kinder aus bildungsarmen Familien und Migrantenkinder sind in diesem starr gegliederten Schulsystem stark benachteiligt. Unser Ziel ist es, Chancengleichheit im deutschen Schulsystem herzustellen. Wir wollen das System der frühen sozialen Auslese überwinden und stattdessen ein leistungsstarkes, durchlässiges und sozial gerechtes Schulsystem schaffen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen gemäß ihrer Talente und ihrer Leistungsfähigkeit den bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Deshalb wollen wir, dass Kinder und Jugendliche länger gemeinsam lernen. Wir wollen dies verbinden mit einer besseren individuellen Förderung.
- Für diesen **Ansatz ganzheitlicher Bildung und individueller Förderung** braucht Schule mehr Zeit. Deshalb setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau der

Ganztagsschule ein. Sie bietet verlässliche Unterrichtszeiten ebenso wie Zeiten des sozialen Lernens und Erfahrens. Die Ganztagsschule ist in ein soziales Umfeld eingebettet, zu dem sowohl Betriebe, Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen als auch Träger der freien Jugendhilfe gehören. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien können stark von Ganztagsschulen profitieren. Eltern werden in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt. Mit dem Vier-Milliarden-Programm zur Förderung von Ganztagsschulen der rot-grünen Regierung ist bundesweit ein bedeutender Qualitätssprung gelungen. Rund 6.400 Schulen sind damit bisher gefördert worden. Die Schüleranzahl an Ganztagsgrundschulen ist seit 2002 um rund 140 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung gilt es kontinuierlich weiterzuführen. Dabei sind besonders die Länder gefragt.

- **Lernmittelfreiheit wieder herstellen:** Während der Staat noch 1991 knapp 400 Mio. Euro für den Kauf von Schulbüchern ausgab, investierte er im Jahr 2005 lediglich 230 Mio. Euro – obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler im gleichen Zeitraum um eine Million gestiegen ist. Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder mit den notwendigen Unterrichtsmaterialien ausgestattet sind.
- Doch nicht nur der Kauf der Schulbücher ist ein Problem für arme Familien. Zum Anfang jedes Schulhalbjahrs fehlt vielen das Geld für **Schulranzen, Hefte, Stifte, Füller sowie Taschenrechner**. Diese Situation tritt besonders häufig bei Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe auf. Eine solche Benachteiligung von Kindern aus armen Familien muss ausgeglichen werden. Dies kann z.B. durch eine Pauschale erreicht werden, die jeweils zu Beginn des Schulhalbjahrs ausgezahlt wird, wie dies eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz vorschlägt.
- Wir wollen, dass auch **Kinder mit Behinderungen** teilhaben können und integriert werden. Kitas und Schulen sollen deshalb generell integrativ sein.
- Jeder junge Mensch braucht die Chance auf eine gute berufliche Qualifizierung in Ausbildung oder Studium. Mit dem Ausbildungspakt haben wir neue Bewegung in den Ausbildungsmarkt gebracht. Richtig ist auch der jetzt von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz angekündigte **Ausbildungsbonus**, mit dem wir zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber/innen gewinnen können. Ggf. sind weitere Schritte zu prüfen. Insbesondere wird die Bundesregierung gebeten zu prüfen, ob auch die Reserven außer- und überbetrieblicher Bildungseinrichtungen eingesetzt werden können, um Altbewerber in einem anerkannten Ausbildungsberuf auszubilden, und ggf. ein entsprechendes Programm zu vereinbaren. Dies kann insbesondere dort, wo ein großer Mangel an Ausbildungsplätzen herrscht, für Entlastung sorgen.
- Auch an den Hochschulen entscheidet die soziale Herkunft immer noch über die Bildungschancen. Für uns stellt deshalb das **BAföG** ein unverzichtbares Instrument sozial gerechter Bildungspolitik dar. Wir haben das BAföG deutlich erhöht und werden es in 2008 nochmals anheben. Studiengebühren für das Erststudium wird es mit uns nicht geben, weil sie sozial ungerecht sind.

### 3. Gesunde Ernährung

Arme Kinder sind auch gesundheitlich benachteiligt. Wenn Kinder hungrig in die Schule kommen, können sie nicht konzentriert lernen; einseitige Ernährung macht krank. Wir wollen daher, dass alle Kinder in der Kindertagesstätte oder in der Schule eine warme Mahlzeit essen können. Wenn Eltern ihren Anteil nicht aufbringen können, soll ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden. Die Kommunen stehen in der Verantwortung, die Infrastruktur für gesundes Essen für alle Kinder zu schaffen.

#### 4. Kräfte bündeln in einer Nationalen Kinderkonferenz

Jede und jeder kann etwas für die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern tun. Kinderarmut ist nicht allein ein staatliches Problem. Es ist ein Problem der Gesellschaft – auf allen Ebenen. Um Kinderarmut zu bekämpfen, brauchen wir eine konzertierte Aktion für gleiche Lebenschancen für jedes Kind. Wir brauchen in Deutschland eine mit allen Akteuren (Bund, Länder, Kommunen, Tarifpartnern, Wohlfahrtsorganisationen und Vertretern von Kinderinteressen) abgestimmte Gesamtstrategie – die auch alle politischen Bereiche umfasst und nicht nur auf die reinen familienpolitischen Maßnahmen beschränkt.

Wir müssen einen Weg finden, wie wir zu klaren Vereinbarungen über die jeweiligen Verantwortungsbereiche und zu gerechten Finanzierungslösungen kommen. Was vom Bund oder anderen an zusätzlichen Leistungen für arme Familien gezahlt wird, dürfen andere Ebenen nicht gleich durch höhere Kita-Beiträge, Lehrmittelaufwendungen, Essensgebühren oder die Kostenverteilung für Schülerbeförderung und Klassenfahrten einkassieren.

Deshalb schlagen wir vor, noch im ersten Quartal dieses Jahres eine Nationale Kinderkonferenz unter Leitung der Bundesministerien für Arbeit und Soziales, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Gesundheit einzuberufen, an der alle politischen Verantwortungsträger beteiligt sind.

#### 5. Ausgewählte Fragestellungen für die weitere Arbeit

Nicht auf alle Fragen haben wir bereits die passenden Antworten. In 2008 wird die Kommission daher ihre Arbeit fortsetzen und weitergehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut vorschlagen. Dazu werden wir uns unter anderem mit nachfolgenden Fragestellungen beschäftigen:

- **Vorbereitung der Nationalen Kinderkonferenz:** Die Kommission wird auf ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr die vorgeschlagene Nationale Kinderkonferenz vorbereiten.
- **Dritter Armuts- und Reichtumsbericht:** Welche neuen Erkenntnisse können aus dem im Frühjahr 2008 federführend vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten Bericht für das Thema gezogen werden?
- **Eigenständige Kindergrundsicherung:** Was sind die Vor- und Nachteile einer eigenständigen Kindergrundsicherung im Rahmen einer Reform der Regelsätze für Kinder. Wie könnte ein solch reformierter Regelsatz ableiten und begründet werden?
- **Kinderfreundliche Regelung des Ehegattensplitting:** Vier von zehn Ehen, die vom Ehegattensplitting profitieren, sind kinderlos. Familien mit geringen Einkommen, Alleinerziehende und unverheiratete Paare gehen hingegen weitgehend leer aus – genau wie Familien, in den beide Partner gleich oder ähnlich hoch verdienen. Welche Möglichkeiten bestehen – z.B. durch Kappung – das Ehegattensplitting kinderfreundlich zu gestalten?
- **Wirkungen neuer Transferleistungen:** Welche konkreten Effekte haben die aktuell diskutierten Transferleistungen wie der Erwerbstätigenzuschuss auf die Reduzierung des Armutsrisikos der Kinder? Gibt es andere Modelle, z.B. der in der Diskussion befindliche Kindergeldzuschlag, und wie wirken sie?
- **Vermeidung von Mitnahmeeffekten:** Wie können soziale Transfers so gestaltet werden, dass sie nicht zu umfassenden Mitnahmeeffekten seitens der Arbeitgeber, aber auch seitens der Arbeitnehmer führen? Betrachtet werden sollen u.a. das zu

entwickelnde Modell des Erwerbstätigenzuschusses bzw. das Modell eines Kindergeldzuschlags.

- **Wirkung sozialräumlicher Faktoren:** Wie wirken sozialräumliche Faktoren auf die Zu-/Abnahme von Kinderarmut und welche speziellen Problemlagen gibt es zum einen in urbanen Milieus, z.B. mit hohem Migrantenanteil, und zum anderen in ländlichen Milieus? Was hat soziale Stadtteilpolitik erreicht – welche Wege sollten in Zukunft beschritten werden?
- **Zusammenhang Armut und gesundheitliche Entwicklung:** Der Zusammenhang von Armut und schlechter gesundheitlicher Entwicklung ist offenkundig. Dies zeigt die KiGGS-Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit erstellt wurde.
- **Zusammenhang mit Kindervernachlässigung:** Wie hängen Kinderarmut und Kindesvernachlässigung zusammen und wo gibt es andererseits keine Zusammenhänge? Mit welchen Eingriffsmöglichkeiten müssen öffentliche Stellen ausgestattet werden?
- **Erweiterung der Bündnisse für Familie:** Begleitung des Prozesses zur Einrichtung erweiterter Bündnisse für Familie: Die Kommission bewertet Erfahrungen, die in Kommunen mit der Einrichtung von Netzwerken zur Vermeidung von Kindesvernachlässigung gemacht werden, und gibt weitere Handlungsvorschläge.
- **Internationales Monitoring:** Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern erreicht Deutschland bei der Bekämpfung der Kinderarmut einen Platz im vorderen Mittelfeld. Andere Länder, z.B. in Skandinavien, erreichen bei gleichen Investitionen gemessen am BIP deutlich höhere Reduktionsraten. Welche Erfahrungen können für Deutschland nutzbar gemacht werden?
- **Wie wird eine Beteiligung der Wirtschaft /der Tarifpartner** an dieser Frage eingefordert? Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen können dafür diskutiert werden – z.B. Elternzeit, Teilzeit, Familienfreundlichkeit?